

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 2500.—
in den Ausgabestellen 2600.—
durch Postämter 2700.—
am Postamt 3000.—
ins Ausland 4500 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher:
2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile in
Anzeigenteil innerhalb
Polens... 100.— M.
Reklameteil 300.— M.

Für Anzeigen im Anzeigenteil 100.— p. M.
aus Deutschland in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der Einbruch ins Memelland.

Der litauische Einfall ins Memelland lenkt den Blick auf eine Frage, um die man sich bislang unbegreiflich wenig gekümmert hat.

Bei der Balkanisierung Mitteleuropas durch den Versailler Vertrag wurde im äußersten Nordosten ein Stück Land vom Deutschen Reich abgetrennt, ohne daß die „großen Vier“ sich darüber schlüssig wurden, was daraus in Zukunft werden sollte. Der Artikel 19 des Versailler Vertrages verlangt von Deutschland lediglich einen Verzicht auf alle seine Rechte in dem Gebiet von Memel und legt das künftige Schicksal des Memellandes in die Hand der „alliierten und assoziierten Hauptmächte“. Aber weder der „Hohe Rat“ noch sein Rechtsnachfolger, die Pariser Völkerbundkonferenz, hat in den 3 Jahren, die seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages verstrichen sind, Mühe und Not gefunden, eine endgültige Entscheidung über das Memelland zu treffen. So wurde Memel noch immer von einer internationalen Kommission, in Wirklichkeit von französischen Militärs, regiert. Zugleich aber betrieb der Hauptpräsident, Litauen, eine öffentliche Agitation, die alle Vorbilder weit in den Schatten stellte. Für die 150 000 Einwohner des Memellandes wurden drei „großlitauische“ Zeitungen von Romno aus unterhalten, davon zwei in deutscher Sprache; in Ostpreußen gab es eine großlitauisch orientierte Presse. Zur Unterhaltung der Presse ging täglich ein Regen von großlitauischen Flugblättern auf die Memeler hernieder, in denen das „Wirtschaftsparadies“ Litauen mit einer funkelnden Edelbaluta in den höchsten Tönen angepriesen wurde.

Aber alle Verführungskünste haben bisher nicht vermocht, die Bevölkerung des Memellandes, die zu mehr als 90 Prozent deutsch ist, umzugewinnen.

Dabei darf freilich eines nicht übersehen werden: Die Memelländer haben sich bei einer im Jahre 1920 vorgenommenen Volksabstimmung mit großer Majorität für Deutschland erklärt. Aber die deutsche Bevölkerung Memels, die fast reißlos in der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen ist, erhebt nicht den Anspruch an Deutschland, sondern wollte keinen autonomen Freistaat Memel. Offenbar glaubte man die Rückkehr zu Deutschland in Paris doch nicht durchsetzen zu können und versprach sich zugleich — ob mit Recht, bleibt dahingestellt — wirtschaftlich größere Vorteile von einem selbständigen Freistaat.

In den letzten Wochen schienen die Wünsche der Memeler wenigstens zum Teil in Erfüllung zu gehen. Nach Meldungen aus Paris stand die Entscheidung unmittelbar bevor. Das Memelland sollte unter französischem Protektorat Freistaat werden, und Litauen und Polen sollten gewisse Hajenrechte bekommen.

Diese Mitteilung hat wohl den unmittelbaren Anlaß zu dem Ulfersall der Litauer gegeben. Man wollte die Entente vor eine vollendete Tatsache stellen. Die litauische Regierung stellt zwar durch ein Communiqué ihrer Gesandtschaft in Berlin in Abrede, mit dem Einbruch irgend etwas zu tun zu haben und behauptet, es handle sich um eine „lokale Auseinandersetzung“, die von dem Verbot einer Kundgebung des „großlitauischen Rettungskomitees“ ihren Ausgang genommen haben soll. Aber die bisherigen Nachrichten lassen keinen Zweifel daran, daß die Litauer zwar mit den Großlitauern in Memel in enger Fühlung steht, trotzdem aber gewaltsam von außen hereingetragen ist.

Verstärkungen für die Litauer.

Aus Memel wird gemeldet, daß ständig militärische Verstärkungen aus Litauen für die Freischärler eintröfen. Die Zahl in gegenwärtig auf etwa 7000 angewachsen. Ein eigener Widerstand der Memelländer ist deshalb unmöglich gewesen, weil der französische Oberkommissar sogar dem Schwabenerverein in Memel unlauter die Waffen entzogen und die gesamte Bevölkerung entwaffnet habe.

Polen und der Memelkonflikt.

Die polnische Presse nimmt zu der Behauptung, daß Deutschland die litauische Aktion gern sähe, lebhaft Stellung. „Kurjer Poranny“ vertritt die Ansicht, Deutschland habe mit der „reaktionären Gefahr“ im Innern viel zu tun, um sich mit der litauischen Aktion gegen Memel zu solidarisieren, zumal der litauische Vorstoß ja auch gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung Memels gehe. Von seinen Polens wäre es leichtsinnig Litauen die ganze Verantwortung zu legen. „Gazeta Poranna“ hält im Gegenzug dazu an der Auffassung fest, daß Deutschland gemeinsam mit Sowjetrußland beschlossen habe, durch die litauische Aktion gegen Memel den Versailler Vertrag zu erschüttern. Auch „Przeglad Wiczojny“ bewegt sich in ähnlichen Gerankungen und nennt die Meinung des deutschen Vorkämpfers in Moskau nach Berlin ein charakteristisches Symptom der deutschen Politik. „Kurjer Wiczojny“ nimmt als sicher an, daß Deutschland einen Revanchekrieg vorbereite; wobei der russische Militarismus seine Unterstützung leiste. Die russischen und deutschen Interessen gegenüber Memel und Litauen lägen in der gleichen Richtung.

Das militärische Bild in und vor Memel.

Als Führer der Freiwilligenkorps zeichnete sich B. d. Kommandant von Memel in W. Polak, ein früherer Memeler Stadtratsmitglied; Kommandant von Herbedrug Kalwaits von Poggen Rautis, von Langgargen Grelis, Oberbürger.

meiner Grabow ist jetzt seine Tätigkeit wie er aus. Der Antritt des Oberkommissars ist nur vereinzelt mit Aufstand gekommen. Ein englischer Kreuzer liegt im Winterhafen.

Memel und der Vorkämpfer.

Der Vorkämpfer hat beschlossen, nach Memel eine Kommission zu senden, deren Aufgabe darin bestehen wird, die Ordnung im Memeler Gebiet wiederherzustellen. Darüber soll die Kommission dann dem Vorkämpfer einen Bericht vorlegen, der die Grundlage für die Entscheidung der Memeler Frage sein soll. Der Rat hat ferner beschlossen, an die litauische Regierung eine Note zu senden, in der er der litauischen Regierung ihre Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Aktion vor Augen führen will. Die litauische Regierung wird aufgefordert werden, die litauischen Abteilungen aus dem Gebiet der Stadt Memel zurückzuführen und Neutralität zu bewahren, die durch die Aufständischen verkehrt werden ist. Das Blatt „Action française“ klagt den Vorkämpfer an, daß die Schuld an der gegenwärtigen Lage auf ihn selbst falle. Die Litauer hätten das französische Banner beleidigt. Die Kommander Regierung, auf die die direkte Schuld falle, müsse der französischen Nation vollste Genugtuung geben und für das bei der Einnahme Memels vergriffene französische Blut Entschädigung leisten. Im Zusammenhang mit der Konferenz des Vorkämpfers hat der polnische Gesandte in Paris, Jambowski, Instruktionen über die Stellungnahme der polnischen Regierung in der Memeler Angelegenheit erhalten. Politische Kreise in Warschau sind der Meinung, daß man darauf vorbereitet sein müsse, daß von einer militärischen Intervention der Alliierten gegenüber den sich im Memeler Gebiet abspielenden Vorgängen keine Rede mehr sein könne. Die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern, besonders in England, lasse viel zu wünschen übrig. England wolle weiter sein Prestige bewahren und sich mit dem Stande der Dinge in Memel abfinden. Der Memeler Oberkommissar der Alliierten, Petisne, hat eine Depesche erhalten, in der ihm für seine von ihm eingenommene Haltung Anerkennung zuteil wird.

Enteignung der Polen in Litauen.

Polnische Blätter berichten:

Die Agrarreform, die bisher in Litauen noch nicht angewendet worden ist, wird nun zu politischen Zwecken ausgenutzt. In der ersten Hälfte 1922 erhielten Großgrundbesitzer, die sich zum Vorkämpfer offen bekannten, die amtliche Verleihung, daß sie aus politischen Gründen ihre ganzen Besitztümer abgeben werden müssen; es werde ihnen nicht einmal, so wie es im Gesetz vorgesehen ist, ein Wohnsitz und 80 Hektar gelassen.

Dazu sagt die „Gazeta Wydzgosa“, das besondere Organ des Westmarienevents:

„Die betroffenen Personen haben bis zum Weltkriegs ständig auf ihren Gütern in Litauen gewohnt und sich niemals gegen Litauen feindselig verhalten. Man muß demnach die Enteignungen als den Anfang einer planmäßigen Aktion ansehen, um die polnischen Elemente zu entfernen, die kulturell höher stehen als die Litauer.“

Nicht mit Unrecht bemerkt die Bromberger „Deutsche Rundschau“:

„Diese Erwägungen nehmen sich äußerst nettlich aus im Munde unserer Westmariener, die gleichzeitig nach der Enteignung deutschen Besitzes in Polen schreien. Was du nicht willst...“

Außenminister Strzyński über die Lage.

(Telegramm unseres Warschauer Sonderberichterstatters.)

Warschau, 19. Januar. In der Mittwochs-Sitzung des Sejm-ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beantwortete Außenminister Strzyński verschiedene Fragen, die ihm hauptsächlich von Vertretern der Rechten gestellt wurden. In bezug auf Memel sagte Strzyński, Polen werde nichts allein unternehmen, sondern sich auf die Freundschaft mit Frankreich verlassen. Nach Polens Haltung in der Frage der Ruhrbesetzung gefragt, erklärte der Minister, Polen hätte keine Ursache einzugreifen. Er fasse Frankreichs Haltung nicht als Angriff auf Deutschland auf, sondern sie sei bedingt durch den Versailler Vertrag, den Deutschland nicht zu erfüllen trachte. Weitere Fragen an den Minister beschäftigten sich mit der Lage in der neutralen Zone, die den Vertretern der Rechten sehr beunruhigend erschien. Es wurde von ihrer Seite infolgedessen größte Aufmerksamkeit der Regierung auf eventuelles militärisches Eingreifen gefordert. Der Minister erwiderte, daß Grund zur Beunruhigung derzeit nicht vorliege, sondern die Bahnlinie Wilna-Miga gesichert sei und Züge verkehrten. Eine Anfrage über den Fortgang der Dresdener Verhandlungen beantwortete er dahin, daß man darüber an einem späteren Zeitpunkt sprechen werde.

Um eine parlamentarische Regierung.

Der Warschauer „Kurjer Poranny“ meldet, daß der Präsident der Republik täglich im Pavillon die Führer der Sejmgruppen empfangt, um sich mit ihnen über die Möglichkeit der Bildung einer parlamentarischen Koalition-Regierung auszusprechen. Bis jetzt fanden u. a. Unterredungen mit G. Witos und Thugutt statt.

Wann wird der Staatshaushaltsplan fertig sein?

Aus Warschau wird gemeldet: Im Zusammenhang mit dem Wechsel in der Leitung des Finanzministeriums haben sich die Arbeiten an der Fertigstellung des Staatshaushaltsplanes verzögert, doch wird der Entwurf des Sejm spätestens Ende Februar dieses Jahres vorgelegt werden.

Witos behält den Vorsitz in der Volkspartei.

Neue Verhandlungen zwischen dem Vorstand der polnischen Volkspartei und dem Abg. Witos haben dazu geführt, daß Witos nicht nur auf dem Wot der Partei, sondern auch den Vorsitz in der Partei wieder zu übernehmen.

Die Beamte geht über.

Der „Przeglad Wiczojny“ erklärt, daß vom Februar ab die Gehälter der Staatsbeamten jeden Monat auf Grund der vom Ausschuss zur Prüfung der Kosten des Unterhalts gemachten Angaben geregelt werden sollen, also ebenso wie die Arbeiterlöhne.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Nach einem Warschauer Telegramm soll in Dresden am 30. Januar mit den Verhandlungen über Hypothekenforderungen und andere Forderungen die deutsche Verionen und Institutionen aus dem ehemals preussischen Teilgebiet betreffen und über die Frage der Teilung von Privatbesitz als Folge der durch den Versailler Vertrag herbeigeführten neuen Grenzziehung verhandelt werden. Zu diesen Verhandlungen soll eine Anzahl von Persönlichkeiten aus dem ehemals preussischen Teilgebiet nach Dresden reisen.

Verteilung der deutschen Versicherungsentschädigungen.

Infolge der Völkerbundsentscheidung vom 17. Januar 1922 hatte die deutsche Regierung auf Grund des Art. 312 des Versailler Vertrages am 1. August vorigen Jahres an die polnische Regierung die Summe von ca. 130 000 000 deutsche Mark als Teil des deutschen Sozialversicherungsfonds, der auf das ehemalige preussische Teilgebiet entfällt, gezahlt. Die genannte Summe bzw. ihr Äquivalent in Höhe von rund 890 000 000 Mark polnisch befindet sich im Finanzministerium. Am 15. d. Mts. fand im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium unter Vorsitz des Direktors vom Departement für soziale Versicherung, Dr. Jurkiewicz, eine Konferenz statt, auf der die Verteilung der Summe unter die einzelnen Institutionen, die die betreffenden Verpflichtungen im ehemals preussischen Teilgebiet übernommen haben, besprochen wurde. Nach Abzug der Verwaltungs- und Schreibkosten kommen folgende Summen zur Verteilung:

Krankenkasse: 8 422 000; Landesversicherungsanstalt in Posen, Abteilung Unfallversicherung: 103 600 000; Versicherungsanstalt gegen Schäden in der Landwirtschaft: 14 854 000; Invalidenbundeskasse: 45 000 000; Landesversicherungsanstalt in Posen, Abteilung für Versicherungen von Privatbeamten: 70 000 000; Pensionskasse der Eisenbahnarbeiter, Abteilung B: 50 600 000; Landesversicherungsanstalt, Abteilung für Invaliden und der Pensionskassen für die Eisenbahner: 450 000 000; Landesversicherungsanstalt, Invalidenabteilung (gesondert): 11 550 000; Fiskus (aus dem Titel des Staatsaufschlags zu den Invalidenrenten): 57 750 000.

Warum Erzbischof Dalbor bei der Beisetzung Narutowicz fehlte.

Der Posener Erzbischof, Kardinal D. Dalbor nahm bekanntlich an dem Begräbnis des ersten Staatspräsidenten Narutowicz nicht teil. Der „Przeglad Wiczojny“ hatte daraus seine Schlüsse gezogen und die Haltung des Erzbischofs scharf kritisiert. Der „Kurjer Poranny“ verteidigt nun in seiner Freitagsummer das Verhalten des Kardinals und schreibt: „Die nationale Presse war der Meinung, daß es der Taft erfordere, diese Tatsache nicht hervorzuheben und auch nicht in ihre Beweggründe einzudringen, da sie sehr wohl wußte, daß solche Dinge nicht ohne triftige Gründe geschehen. Anders verfuhr die Juden und ihre idealen Vasallen. Der Warschauer „Przeglad Wiczojny“ vom 29. Dezember machte einen unerhörten Angriff. Zudem er für das Begräbnis des Präsidenten als nationale Manifestation jahrmärkismäßig Reklame machte, griff er mit jüdischer Arroganz seine Eminenz den Kardinal-Primas deswegen an, weil er an dem Begräbnis nicht teilgenommen hatte. Der Artikel, der den Titel trägt: „Die Relegation des Primas Polens“, ist ein typisches Erzeugnis des jüdischen Spitzelgeistes. Er kommt zu dem dummen Schluß, daß der Kardinal Dalbor aufgehört habe, der Primas zu sein, weil er dem Begräbnis Narutowicz nicht beigewohnt habe, und daß der Warschauer Erzbischof der Primas sei, weil er an dem Begräbnis teilnahm. Sachlich ist festzustellen, daß der erste Präsident ein Dissident der Konfessionsloser war. Was ihn in der Schweiz dazu bewog, hat sich dazu zu bekennen, ist äußerlich gleichgültig. Die Tatsache jedoch, die übrigens nicht bestimmt, ob er ein Gläubiger oder ein Atheist war, zieht in der Organisation der katholischen Kirche gewisse Folgen nach sich. Es ist begreiflich, daß die ganze Erregung, die durch die Tragödie vom 16. Dezember verursacht wurde, für den Augenblick subjektiv die Ursache dafür sein konnte, weshalb ernsthafte Vertreter der Kirche von gewissen rechtlichen Agorositäten Abstand nahmen und die Person von dem Symbol schieden das sie (die Person) vertrat, zumal sie durch bestimmte Tatsachen darin bekräftigt wurde, zum Beispiel durch den herzlichen Charakter des Besuchs des Präsidenten beim Kardinal Rafowski, und die Absolution in artikulo mortis, die annehmen ließen, daß der Verstorbene die Absicht hatte, unter seine Schweizer Taufe einen Strich zu machen. Anders konnte, vielleicht mußte, der Primas darüber denken, wenn er die Frage objektiv beurteilte und den Schluß zog, daß jeder Schritt einen Präzedenzfall für die Zukunft schaffe. Uns übrigens ist mir bisher von der beiderseitigen Ablehnung und Bestätigung des Zeremoniells, das die polnischen Bischöfe verpflichtete, an gewissen öffentlichen Akten teilzunehmen, die mit der Person des Staatspräsidenten verbunden sind, nichts bekannt.“ Ja, es ist allgemein bekannt, daß zu dem unbestreitbar rein religiösen Akt der Beerdigung des Staatspräsidenten weder der Primas noch irgend einer der Bischöfe amtlich eingeladen wurde, daß die staatlichen Vollstrecker des Begräbniszeremoniells nicht verstanden, das Begräbnis vor demagogischen lauten Kundgebungen zu schützen, die es aus dem Charakter einer würdigen religiösen Handlung herausrissen. Sie verstanden es auch nicht, den gegenüber den anwesenden Würdenträgern der Kirche nötigen Takt zu bewahren. Das gut informierte „Stowo Kujawskie“ bringt über diesen in seiner Nr. 6 interessante Einzelheiten: Nachdem der Kardinal Rafowski den Leichenwagen aus dem Beerdigungsort nach dem Tor geleitet hatte, fuhr er nach dem Schloß, wo ihn ein hoher Beauftragter nicht einließ. Trotz der Affront wartete der Kardinal, da er kein persönliches Leid in der Feierlichkeit hineinbringen wollte, mit dem Kapitel auf das Trauergeschehen vor der Kirche und mußte zu seinem großen Bedauern bemerken, daß nicht der religiöse Akt vorherrschte, sondern die revolutionäre Demagogie in Gestalt von roten sozialistischen Raben und schwarzen kommunistischen Schmecken. Deshalb kehrte er zur Kirche zurück.“

Am Donnerstagabend fand im Saale der Królowa Jadwiga in Posen eine Versammlung von mehr als 300 Delegierten von katholischen Organisationen der Stadt Posen statt, in der gegen die Angriffe des „Przeglad Wiczojny“ feierlich Protest eingelegt wurde. Die Versammlung wählte

eine Delegation, die dem Kardinal ihr Bedauern zum Ausdruck bringen, gleichzeitig aber ihre Schuldigung darbringen soll. Ferner wurde eine Entschädigung angenommen, die gegen die „jüdische Schamlosigkeit“ des Przeglad „Wiergorny“ protestiert.

Polnisches.

Zur Verhinderung der Kapitalflucht.

Zur Wahrung der Interessen des Staatskassas bei der Polarisierung von Devisen im Ausland, die für eingeführte Waren erworben werden, hat der ministerielle Wirtschaftsausschuss beschlossen, von den Exporteuren zu fordern, daß sie die fremden Währungen bei der polnischen Landesbank deponieren, den Firmen, die zur Ausfuhr freigegebene Waren ausführen, die Devisen aber nicht bei der polnischen Landesbank abliefern, den Staatskredit zu sperren sowie eventuell die Holzaußfuhr zu verbieten, sofern sich die Exporteure der Forderung auf Ablieferung der Devisen nicht anpassen.

Der Organisator des merkwürdigen „Trauergottesdienstes“ in Kosen.

Aus Kosen wird dem „Goniec Wielkopolski“ mitgeteilt, daß der Redakteur der dortigen „Gazeta Polska“ Konieczny spurlos verschwunden ist. Konieczny war der Organisator des merkwürdigen „Trauergottesdienstes“, der zwei Tage vor der Ermordung des Staatspräsidenten Narutowicz in Kosen abgehalten wurde. Nach dem Gottesdienst hielt Konieczny eine Ansprache und brachte eine Resolution ein, in welcher der Mordtritt des Präsidenten gefordert wurde. Wie der „Goniec“ erzählt, wurde Konieczny durch die Nationalisten in die „Gazeta Polska“ eingeführt. Auf diesem Posten rief er zum Aufbruch auf und unternahm mit dem Automobil Kapitulationsreisen. Wegen des „Trauergottesdienstes“ und seiner politischen Tätigkeit wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet. Er soll ganze Stöße „Bajonettenwechsel“ bei seinen Anhängern hinterlassen haben.

Die Bühne in der Lodzer Textilindustrie.

Am Mittwoch abgehalten Sitzung um 60 v. H. erhöht worden.

Schlesischer Wojewodschaftslehn.

In der Donnerstagssitzung des schlesischen Wojewodschaftslehn wurde das Gesetz über die Einkommensteuer in dritter Lesung angenommen. Nach einigen weniger wichtigen Punkten wurde der Bericht des Haushaltsausschusses über die Erhöhung der Spiritussteuer zur Kenntnis genommen und ein dahingehendes Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nach lebhafter Diskussion nahm dann die Kammer in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Bekämpfung des Wuchers im Tschekow-Tale der Wojewodschaft Schlesien an. Über die Jagdscheingebühren entstand eine lebhafte Aussprache, an der sich der Abg. Reichenstein von der deutschen Fraktion und der Abg. Grajewski von der Nationalen Arbeiterpartei beteiligten. Es wurde ein diesbezüglicher Antrag im Sinne des Berichtes des Agrarausschusses angenommen. Der deutsche Antrag wurde dagegen abgelehnt. Zum Schluß wurde über den Antrag von geringer Bedeutung beraten. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 24. v. Mts., um 8 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht der Haushaltsvoranschlag der schlesischen Wojewodschaft.

Der Kampf mit der Teuerung.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Ausschuss zur Bekämpfung der Teuerung hat unter dem Vorsitz des Herrn Arciegewski die Verteilung der Meßgeräte vollzogen. Die Vertreter des Finanzministeriums und des Innenministeriums, die der Sitzung beiwohnten, sowie ein Delegierter des außerordentlichen Kommissars zur Bekämpfung der Teuerung informierten den Ausschuss über die von der Regierung getanen Schritte zur Bekämpfung der Teuerung.

Der Kampf gegen den Wucher.

Der bisher vom Finanzminister als dem außerordentlichen Kommissar zur Bekämpfung der Teuerung und dem Innenminister, zu dessen Aufgaben die Bekämpfung des Wuchers gehört, gemeinsam geführte Kampf gegen die Teuerung soll jetzt ganz in die Hände des Innenministers übergehen und geradezu als Kampf gegen den Wucher geführt werden.

Aus der polnischen Presse.

Ein deutschfeindlicher Erguß. Aus Kattowitz wird der dortigen „Gazeta Ludowa“ (Nr. 8 vom 10. Januar) geschrieben: „Die Deutschen haben zur Verdeckung der eigenen

Mängel den Ausdruck „Polnische Wirtschaft“ geprägt und werfen noch heute, wo ihre ganze Wirtschaft auf den Hund gekommen ist, mit dieser dummen und dünkelfhaften Phrase umher. Merkwürdiger ist, daß mit dieser Phrase auch der „Oberschlesische Kurier“ in einer seiner letzten Nummern operiert. Der „Kurier“ sollte doch seine Landsleute besser kennen und sich dieser erbärmlichen, abgedroschenen Phrase schon deshalb nicht bedienen, um nicht unnötigerweise das Feigenblatt von der Blöße seiner Landsleute abzudecken, über die er selbst vielleicht schon öfter den Zeufzer ausstieß: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt.“ Auch sollte der „Kurier“ bedenken, daß die Nachbarn wissen, wie jemand liest. Wer schreibt denn heute, um seine wertlose Valuta wieder zu verbessern, nicht vor den erbärmlichsten Mitteln zurück? — In Polen läßt sich nicht alles auf einmal machen, das kann jeder Pole aufrichtig und offen sagen, und er braucht sich dessen nicht zu schämen, wie sich seiner Not der ehrliche arme Teufel nicht zu schämen braucht, den obendrein die schlesischen Nachbarn bestohlen haben, und zu diesen Nachbarn gehören die ehrenwerten Landsleute des „Oberschlesischen Kuriers“. Wenn ich an diese Landsleute denke, dann fällt mir der Bankrott und Verfall ein, der im letzten Jahre die ganze Welt berauben wollte, um sich auf fremde Kosten den Beutel zu füllen: nur ist diesmal der Wolf in die Grube gefallen, und er heult jetzt aus Verzweiflung; aber seine „Wolfslaute“ steigen nicht zum Himmel empor; denn auch da hat man wahrheitsgemäß schon längst die räuberische und heuchlerische preußisch-deutsche Seele erkannt. Daher sollte der „Kurier“ wenigstens aus Scham über alle Schurkenfreude seiner Landsleute, die nicht bloß Polen, sondern viele andere reichere Länder ins Unglück gestürzt und in unerhörter Weise geschädigt haben (Belgien, Frankreich usw.), diese von Schande tiefende Phrase in Zukunft nicht wiederholen. Dagegen möge er lieber seinen Landsleuten „Einkauf in sich und Abkehr vom Bösen“ empfehlen, worin sie bis an die Ohren sitzen.“

Klagen über den Zustand deutscher Arbeiter. Aus Kattowitz wird der dortigen „Gazeta Ludowa“ (Nr. 8 vom 9. Januar) geschrieben: Man kann jetzt beobachten, wie die Deutschen aus ihrem Vaterlande nach unserm Polen zurückkehren, weil sie dort im Vaterlande nicht mehr leben können. Ich kenne zwei Brüder namens W. aus Boguszy, die aus Berlin zurückgekehrt sind. Der eine von ihnen arbeitet schon mit mir in einem Eisenbetrieb, der andere will auch herkommen, und er bittet um Aufnahme zur Arbeit in dem gleichen Betriebe. Die Zurückkehrenden sagen, daß in Berlin das Leben für den Arbeiter sehr schwer sei, weil die Teuerung so groß sei, daß ein Herrenantrag 250 000 M. 1 Pfund Brot über 300 M. koste und die Teuerung noch bedeutend wachsen werde. Man arbeite nur 3 bis 4 Tage in der Woche, weil Arbeitsmangel herrsche. Ich wundere mich, warum sie nicht ins Rheinland gezogen sind, sondern in das schlesische Land zurückkehren, das sie so sehr verachtet und unter Schmähen und Beschimpfen der polnischen Truppen verlassen haben, um als Heimatstreuer nach Berlin zu gehen. Jetzt geben sie zu, daß es hier besser sei als im Vaterlande. So kehren jetzt diejenigen, die dieses unser heiliges Land verflucht und sich darüber lustig gemacht haben, zu ihm nach Brot zurück; die Mutter Polen aber wird niemand über die Grenze hinauserstern, die so mancher verschwendungssüchtiger Sohn überschritten hat. Unsere berufenen Faktoren müssen jedoch darüber nachdenken und darauf achtgeben, daß hier immer mehr Arbeiter aus Nachbar, Basel, Reußland usw. arbeiten, während so mancher von unseren ober-schlesischen Arbeitern, die ihr Blut im Aufstande vergossen haben, keine Arbeit bekommen kann. Das wäre ein erbärmlicher Lohn für unsere ober-schlesischen Arbeiter, die durch ihre Stimmen Polen unermessliche Schätze geschenkt haben, jetzt aber um die erste beste Arbeit bitten müssen, wie ein Bettler um ein Stück Brot.“

Im „Kurier“ voran, dem die Verantwortung dafür überlassen werden muß, veröffentlicht der Abgeordnete Anus von der polnischen Volkspartei Enthüllungen über Dokumenten-fälschungen des Nationaldemokratenführers Piarres Autostawski, die den Zweifeln, gegen Deutschland Propaganda zu machen. Im Jahre 1918 habe Autostawski in Moskau Schriftstücke gefälscht, aus denen hervorgehe, daß Deutschland einen Geheimvertrag mit den Bolschewisten betreffs bolschewistischer Propaganda in Polen geschlossen hätte. Piarres Autostawski habe die Echtheit der Dokumente bis zum letzten Augenblick beteuert, sei dann aus Moskau geflohen. Seine Brüder aber seien standrechtlich erschossen worden. Heute steht fest, daß Autostawski die Dokumente gefälscht und seinen Brüdern zur Weiterverbreitung in die Hände gespielt habe.

Der „Dziennik Wladyslaw“ behauptet, daß die deutschen Großindustriellen die Befreiung des Ruhrgebietes nicht unangenehm empfänden, denn sie hofften, mit den Franzosen noch bessere Geschäfte zu machen. Außerdem sei die Befreiung Wasser auf die Mühle der Deutschnationalen. Das Blatt schreibt dann wörtlich: „Viel besser wäre es, wenn die Polen Ökonomie besäßen würden (1), denn dann wür-

den die Deutschen ohne Brot sein, und das wären wirklichere Sanktionen. Polen könnte Oberschlesien und Danzig besetzen, was es als moralische Pflicht hätte. So würde natürlich Polen handeln, wenn es nicht wäre wie Deutschland. Doch Polen denkt nicht daran, es will nicht einmal den polnischen Korridor schließen. Besonders wir in Danzig freuen uns, daß der Friede hier nicht gestört wird.“

Die Bestrafung Deutschlands.

Vorbereitung neuer Sanktionen.

Die Agentur Havas berichtet über die nächsten Maßnahmen, in Folge der geheim festgestellten Verfehlungen Deutschlands bei der Kohlenlieferungen hätten sich die Italiener und die belgische Regierung entschlossen, sofort auf Antrag der Alliierten die Kohlensteuer in dem besetzten Gebiet zu erhöhen. Italien werde sich dieser Maßnahme anschließen. Weitere Sanktionen seien noch Gegenstand von Beratungen zwischen den drei Regierungen, und zwar in Folge der weiteren von der Reparationskommission festgestellten Verfehlungen Deutschlands. Es läge die Kontrolle der Domanialwälder in Betracht. Diese werde vorbereitet. Ferner werde die Errichtung einer Kontrolllinie im Rheinland und um das Ruhrgebiet geprüft.

Mobilisierung neuer Truppenteile?

„Journal des Debats“ scheint auf die Mobilisierung neuer Truppenteile vorbereitet zu sein. Das Blatt schreibt: „Es ist nicht nur eine Ausdehnung der Wehrung ins Auge gefaßt, sondern wir müssen auf alle Fälle tüchtig bewahren um für alle eventualitäten gerüstet zu sein.“ Das Blatt schließt: „Wir müssen davon überzeugt sein, daß die Angelegenheit sich nicht so schnell erledigen läßt, sondern daß wir Geduld in der Wartenwahrung unserer Pläne zeigen müssen.“

Stichstoff- und Benzollieferungen.

Nach dem „Journal“ werden in der Reparationskommission die Verhandlungen über die sogenannten „Veriehlungen“ Deutschlands fortgesetzt werden. Die Veriehlungen bei den Stichstofflieferungen und bei der Durchführung der französischerseits geforderten großen öffentlichen Arbeiten erforderten eine vorübergehende Maßnahme mit der man begreifen habe. Bezüglich der Benzollieferungen an Italien werden die deutschen „Veriehlungen“ unverzüglich festgestellt werden. Dasselbe Blatt berichtet, daß eine neue Abteilung Ingenieure zur Verstärkung der Mission Geste abgereist sei.

Beginn der Requisitionsmassnahmen.

Berliner Blätter melden, daß die Requisitionsmassnahmen schon begonnen haben. Es wurden mehrere Züge mit Kohlen, die die Bayern bestimmt waren, von den Franzosen angehalten und nach Frankreich geleitet.

Aus dem besetzten Deutschland.

Marshall Petain im besetzten Gebiet.

Der Generalinspekteur des französischen Meeres, Marshall Petain, ist in Begleitung seines Generalstabschefs, des General Puch, im Hauptquartier des Oberkommandos der Rheinarmee in Düsseldorf eingetroffen, um sich von der Durchführung der französischen Befehlungspläne zu überzeugen.

Neubefestigungen am Mittwoch.

Am Mittwoch nachmittag wurden folgende Orte besetzt: Hatteln, Lünen, dann einige Vororte von Dortmund in der Richtung auf Lünen und andere. Landtrop, Aplerbeck, Verschofen, Schwerte, Sagen, Eibersfeld und Barmen sind noch nicht besetzt. Aus Auktionen französischer Offiziere in Dortmund geht hervor, daß die Befestigung von Münster, Sennelager, Paderborn und Bielefeld beabsichtigt sei.

Französisch-belgisches Zusammenarbeiten an der Ruhr.

„Etoile Belge“ betont, daß die Franzosen im Ruhrgebiet keine Entscheidung treffen, ohne sich mit den belgischen Behörden in Verbindung zu setzen.

Die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet.

In der französischen Presse findet sich die Behauptung, daß die für die Ernährung der Ruhrbevölkerung erforderlichen Lebensmittel vorläufig systematisch vermindert worden seien und dadurch nur die deutschen Arbeiter getroffen würden. Dazu schreibt die „D. Ztg.“: Die Behauptung zeigt lediglich, daß die Franzosen keinerlei Vorstellung von der Not und Verarmung der deutschen Bevölkerung überhaupt haben.

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Dagen.

(1. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

„Ich sehe gar nichts als nur Nebel!“ höhnte der andere unentwegt.

„Das weiß ich zur Genüge,“ klang es scharfer als bisher. „Aber ich meine, deswegen kann man sich doch orientieren!“

„Wenn Dir das bei diesem Nebelstreben möglich ist, — bitte!“

Ueber Fernleitners frisches Gesicht glitt ein Schatten; des Freundes leichtfertiger Ton wollte nicht zu der beinahe andachtsvollen Stimmung passen, die ihn angesichts des großartigen Schauspiel, das sich vor ihm vollzog, zu erfüllen begann.

Es war eigentlich ganz wie Theater: Schleiervorhänge hoben und senkten sich, Nebeligen verschwanden, wie von unsichtbaren Händen über heißen Felsjacks fortgezogen, aus eintönigem Grau traten Farben, tauschend und leuchtend, als wären sie soeben mit nassem Pinsel hingebreitet worden, und alles, was da, zuerst unwahrscheinlich und dann immer wirklicher, aus dem Chaos wuchs, vereinigte sich allmählich zu einem überwältigenden Gesamtbild, das auf Erden nicht leicht seinesgleichen hatte.

„Tadellos!“ lobte nun auch Vogelreuter in seiner ein wenig anmaßenden Art. „Direkt Feinspiellegie!“ Wälfür, dritter Akt, im Prinzregententheater!“

„Nur weit, weit großartiger!“ nickte Fernleitner voran. „Denn was wir da sehen, das ist kein Theater; das ist der Bräutigam selbst, der sich unserm Auge erschließt, und über den Wolken steht Walwater, dem die Welt gehorcht!“

Vogelreuter schüttelte mitleidig den Kopf. „Schon wieder rettungslos dem wilden Wahn verfallen.“ spottete er mit einer gewissen wohlwollenden Güte.

Da traf ihn ein voller Blick der suchenden braunen Augen des Freundes. „Bist Du nicht mehr empfänglich für

die hehrsten Naturwunder, die wir erleben dürfen?“ klang es tadelnd.

„Ich bin empfänglich,“ verteidigte sich der andere, „verliere aber nicht über jedem schönen Naturschauspiel gleich das jeckliche Gleichgewicht.“

Und gleichmütig begann er seinen Ruck aufzuschnüren, entnahm ihm das reichlich berechnete Frühstück, suchte sich einen erträglichen Ruheplatz auf dem steinigen Karboden und begann, unbekümmert um des Freundes Besessenheit, mit sichlichem Appetit zu speisen.

Indes stand Fernleitner noch immer wie entrückt und betrachtete starr aus neue das unvergleichliche Bild, das sich seinen Blicken bot; in hellem Sommerglanze lagen jetzt die Wälder, deren Grün sich mit dem dunkleren der Wälder vermählte; die weiten Schuttfelder verwitterten Gesteins, die wie weiße Zungen in die frische Farbe der Almböden stießen, gaben dem Gemälde etwas seltsam Unwirkliches, als stießen hier Regionen zusammen, fruchtbares Weizenland und öde Steinväster, die sich sonst meiden. Schaurig aber, wie Todesahnung, und doch erhaben in seiner eigenartigen Majestät, glitzte der Firn des Gletschers aus der Höhe, über dem, als Herr des Bildes, der läghne Gipfelschroffen des Wilden Jägers sich aufredte.

„Na, Menichenskind, noch immer in die Betrachtung der Gegend verfallen?“ klang in diesem Augenblick Vogelreuters gemüthlicher Bos.

„Ja,“ nickte Fernleitner. „Und je mehr ich stehe und schaue, desto mehr kommt mir zum Bewußtsein, daß dieser Wilde Jäger eigentlich ein ganz besonderer Berg ist.“

„Stimmt!“ nickte der andere launend. „Er ist Klasse für sich! See, Stlicher, eine Art Mutterhornzippel — alles, was man will! Man sollte —“

Sinnend hielt er inne und starrte ins Weite.

„Man sollte sein Gebiet als heiliges Land erklären!“ vollendete der Freund den angefangenen Satz. „Wie unsere Patriarchen Berge heilig sprachen und auf ihren Gipfeln in Gottesdienste abhielten, so sollte man auch diesen Berg schätzen. Jeder Berührung mit dem Schmutz der Welt!“

„Na, na!“ spottete Vogelreuter lachend und sah den anderen herausfordernd an. „Willst Du vielleicht gar Tempel-

hüter werden und Eintrittskarten verkaufen? Nur wer die Erlaubnis des großen Heiligen und Propheten Rudolf Fernleitners erwirbt, ist würdig, dessen „heiligen Berg“ zu betreten, wie?“

Ueber Fernleitners Züge glitt ein verlorenes Lächeln. „So etwas Ähnliches mühte ich in der Tat,“ nickte er eifrig, voll seherischer Kraft. „Der Führer einer kleinen Schar von Ausereichen mühte ich werden, die alljährlich, wenn es Sommer wird, hinauspilgern in diese weltentfernte Einsamkeit voll des ehrlichsten Willens, alle Erbschwere abzustreifen, entführt zu werden und am Herzen Gottes zu liegen, zu lauschen und Kraft zu sammeln zu menschenwundernder Tat!“

„Also, ich glaube tatsächlich, Rudi, Du bist allmählich reif für eine gewisse isolierte Behandlungsmethode!“ klang es schneidend in das Schwärmen des Dichters.

„Kannst Du mich denn nicht verstehen?“ fragte Fernleitner erstaunt zurück. „Gewiß, ich liebe und suche das Besondere! Weil nur aus dem Besonderen, über dem Durchschnitt stehenden, das wirklich Große geboren werden kann! Aber ist Dir die Begeisterungsfähigkeit für wirklich Schönes und Erhabenes denn gänzlich fremd? Kannst Du es nicht begreifen noch verstehen, daß ein Mensch über ein großes Erleben aus dem Häuschen geraten und aus dieser Begeisterung heraus einen Entschluß fassen kann, der ihn selbst mitreißt aus monatelangem Gewöhnen zu endlicher folger Tat?“

„Ich will Dir etwas sagen, lieber Rudolf,“ gab ihm der Freund nach einigem Bedenken mit betonter Ueberlegenheit Bescheid. „Ich habe heute wieder einmal erkannt, daß wir eigentlich zwei grundverschiedene Menschen sind. In Dir ist alles Rausch, Feuer, Ueberchwang; ich suche mit beiden Füßen, im wirklichen, praktischen Leben. Also werden wir die Dinge, so viele an uns herankommen, immer ganz verschieden betrachten. Und Dir wird meine Betrachtungsweise nicht fern, bald, bald erscheinen, während ich wahrscheinlich nie aufhöre werde, meine Gassen zu machen über die Pläne, die Du in Deinem Dichterhirne wälzt: der neueste also jetzt die Ferienkolonie erlebener Seelenmenschen, die alljährlich, wenn es Sommer wird, zum Wilden Jäger pilgern —“

(Fortsetzung folgt.)

Porte an Brotgetreide und Mehl sind auf Wochen vor
handen, das in der deutsche Paarmasse viel; außerdem ist die meiste
Verförmung über die Abnehmer gestiegen. Ruder liegt auch im
Gebiet. Alle nötigen Lebensmittel sind aber frei und in keiner Weise
von der Regierung beeinflusst.

Ruhrwährung?

Um die Bevölkerung des Ruhrgebietes für ihre Pläne zu ge-
winnen, haben die Franzosen von Paris aus die Nachricht in die
Welt gesetzt, sie würden im Ruhrgebiet eine eigene Währung
schaffen. Die Vorbereitung für die Ausgabe dieser neuen Währung
seien im französischen Finanzministerium bereits bis ins kleinste
Detail ausgearbeitet.

Französisches Gerichtsverfahren gegen vier Zehndirektoren.

Erst 24. Hefen wurde am Dienstag vor den Generalstab
des Brückenspiegels Düsseldorf geladen. Im Auftrage des
Generals Degoutte erklärte General Simon ihm
und den ihm geladenen Herren Generaldirektoren Kesten,
Bergasseffor Runge und Direktor Wittenhöfer, daß sie,
wenn sie bei ihrer ablehnenden Haltung blieben, von jetzt an
unter gerichtlichen Verfahren stehen würden. Sämt-
liche Herren erklärten auf Befragen, daß sie bei ihrem bisherigen
Standpunkt verbleiben müßten.

Eine deutliche Antwort.

Am Dienstag verfuhrte eine Kommission, bestehend aus
französischen Offizieren, die Bege Salzer-Neud im Ar-
den von Essen zu befragen. Der Vertreter der
Lärte hierauf, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen
würden; sie wollten nicht unter Bajonetten arbeiten. Die franzö-
sischen Offiziere verließen hierauf die Bege.

Ein geregelter Schulunterricht wird unmöglich.

Wie aus Essen berichtet wird, sind außer den vielen be-
schlagten Gebäuden für die Anforderungen der Besatzungs-
truppen von diesen über 50 Schulklassen, 10 Turnhallen und mehr
als 80 Nebenräume beschlagnahmt worden, so daß sich der Magistrat
der Stadt Essen gezwungen sah, den Schulunterricht
böllig einzustellen, da ein geregelter Unterricht sich nicht
durchführen ließe.

Feste Haltung der westdeutschen Arbeiterschaft.

In der Sitzung des Reichswirtschaftsrats gab der Vertreter
der technischen Angestellten, das Mitglied des Deutschen Gewer-
schaftsbundes Wessmann, die Erklärung ab, daß die Arbeit-
nehmerschaft der neu besetzten Gebiete fest zur Reichsregierung
stehe und alle Abwehrmaßnahmen kräftig unterstützen werde. Mit
allen Mitteln, mit allen geistigen und moralischen Kräften, so
führte der Redner aus, muß der französischen Gewaltpolitik Wider-
stand geleistet werden. Hunderte von Beispielen aus den letzten
Tagen könnte ich Ihnen aus meiner engeren Heimat anführen
dafür, daß der Widerstand der Geister und Herzen gegen die
Gewaltspolitik in stärkster Weise vorhanden ist; ich darf die Hoffnung
aussprechen, daß die Prüfungszeit, in die wir hineingestoßen wer-
den, lauternd wirken wird im Sinne echter Vaterlandsliebe, im
Sinne der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Volks-
genossen.

Ein französisches Armeekorps für Koblenz.

Die Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Oberkom-
mando und dem Befehlshaber der in der amerikanischen Besatzungs-
zone stehenden französischen Truppen, General Patineau, zwecks
Übergabe des Gebietes an die Franzosen haben begonnen. Dem
Vernehmen nach werden die hier befindlichen französischen Truppen
auf ein Armeekorps verstärkt werden, dessen Komman-
deur der General Lerond werden soll.

Solidarität der Bechenbeamten.

Der höhere Beamte einer Beche äußerte sich Franzosen
gegenüber: „Wenn Sie unsere Direktoren ins Ge-
fängnis werfen, so seien Sie verurteilt, daß wir Beamten
genau dieselbe Haltung einnehmen werden.“ Dilem-
matischen Widerstand gegenüber verliert es die Franzosen vorgesetzt
zu Drohungen. So wird u. a. von einem Pariser Blatt sogar
die Bezeugung von Berlin angedroht.

Englische Stimmen zur Lage.

Im allgemeinen ist die englische Presse der Meinung, daß die
weitere Ausdehnung der französischen Besetzung
an der Ruhr schon an sich ein Beweis für das Mißlingen
der französischen Politik sei. „Daily Chronicle“, „Man-
chester Guardian“, „Daily Telegraph“ usw. betonen alle dieses
vorläufige Mißlingen und erinnern daran, daß sie nichts
anderes prophezeit oder vorausgesehen hätten. Über ein Tele-
gramm aus Berlin vom 24. Hefen, die Worte: „Im Kriegs-
zustand. Der Beweis für die Evidenz.“ Das Verhalten
der deutschen Regierung wird als selbstverständ-
lich betrachtet. Nur „Manchester Guardian“ stellt die
Frage, ob es keine bessere Taktik gewesen wäre, sich auf eine aus-
sichtlich passivere Gegenwehr zu beschränken. Das Verbot der
Kohlenlieferungen ist nach diesem Blatt eine Herausforderung
der französischen Macht (1), die man hätte vermeiden können, da
das ganze Unternehmen am Ende doch scheitern
werde, auch ohne diese Maßregel. Das Blatt ist jedoch auch der
Meinung, daß das Kabinett Cuno eine viel kräfti-
gere Haltung einnehme als alle früheren deutschen
Regierungen. Trotz der schon erwähnten Bemerkung über
das Verbot der Kohlenlieferungen geht doch aus dem ganzen Artikel
deutlich hervor, daß das Blatt sich über diese Haltung freut.
„Daily Telegraph“ beendet seine Betrachtungen mit dem
Ausdruck der Hoffnung, daß man, sobald es einem jeden deutlich
werde, daß die französische Politik nicht produktiv
sei, zurückkehren zum Plane Bonar Lams. „Daily Chronicle“
macht darauf aufmerksam, daß die englische Industrie in der ersten
Zeit vielleicht einigen Profit erzielen wird aus der neuen Lage.
Es kommen nicht nur aus Frankreich und aus Deutschland große
Kohlenbestellungen, sondern auch andere Industrien zeigen
schon Gewinn aus der Verwirrung auf dem Kontinent gezogen.
Eine Firma erhielt einen Auftrag auf Eisenbahnwagen für hundert-
tausend Stück, die sie anfangs an der Ruhr bestellen wollte. „Diese
kleinen Vorteile dürfen uns aber nicht veranlassen lassen.“
schreibt das Blatt, „daß die englische Wirtschaft nichts mehr braucht
als die Wiederherstellung des normalen Zustan-
des auf dem Kontinent.“

Zeitungsverbote.

Wie aus Köln gemeldet wird, ist dort auf Befehl der französischen
Besatzungsbehörde das „Posener Tageblatt“ verboten worden.

Die Wirkungen der französischen Ruhrexpedition.

Ungewöhnliche Preissteigerungen im neu besetzten Gebiet.
Aus Dortmund wird gemeldet: Auch auf die bisher un-
besetzten Gebiete hat der Vormarsch der Franzosen in bezug auf
die Preisbildung tiefgreifende Wirkungen ausgeübt. Für fast alle
täglichen Bedarfsartikel ist eine Preissteigerung von 50
bis 60 Prozent festzustellen.

Beschlagnahme der Berliner Steinkohlenvorräte.

Aus Berlin wird gemeldet: Mit Rücksicht auf die Lage im
Ruhrgebiet und die Gefährdung der Steinkohlenversorgung hat
die Kohlenwirtschaftsstelle die Beschlagnahme
der gesamten Steinkohlenmenge verfügt, die sich

zurzeit im Besitze des Berliner Groß- und Kleinhandels befindet.
Steinkohlen sind bis auf weiteres nicht zu handeln und
dürfen nicht gekauft werden. Die Abgabe darf nur
auf besondere Anweisung des Kohlenamtes Ber-
lin erfolgen. Die beschlagnahmten Steinkohlenvorräte werden zur
Versorgung der öffentlichen Betriebe, der städti-
schen Werke, Krankenhäuser, Wohlfahrtsanstalten usw. verwandt
werden. Hotels und Restaurationsbetriebe können auf Antrag
verfügbare Mengen erhalten.

Konfiskation in England.

In London haben die Meldungen von den Zuständen im
Ruhrgebiet eine Stimmung hervorgerufen, die man als Kon-
fiskation bezeichnen kann. Man befürchtet mit Recht, daß
England unter den Auswirkungen der Ruhraktion
auf den verschiedenen Gebieten zu leiden haben wird. Die
Aufträge für englische Kohle, die von allen Teilen Europas ein-
laufen, Deutschland mit eingeschlossen, häufen sich zusehends, und
der Kohlenpreis ist in den letzten drei Tagen beträchtlich in
die Höhe gegangen. Am letzten Sonntag allein wurden
1000 Schiffe mit Kohle für den Kontinent geladen. Ist diese Er-
scheinung auch den Engländern zweifellos willkommen, so ist
sie doch nachteilig für die allgemeine englische Wirtschaft, die jetzt
gerade unter der Erleichterung des billigeren Kohlenpreises auf-
zuatmen begonnen hat. Besonders aber ist es nachteilig für die
englischen Privatindustrien, die zu Beginn des Winters

Das zweischneidige Schwert.

In welchem scheinenden Mißverhältnis die Kosten der Be-
setzung des Ruhrgebietes zu den Rückständen stehen, die Deutsch-
land in den Kohlen- und Holzlieferungen bisher noch nicht hatte
leisten können und wegen derer die Besetzung angeblich unter-
nommen wurde, zeigt nachstehender Vergleich: Nach von zustän-
diger Stelle angefertigten genauen Berechnungen ergibt sich, daß die
Kosten für die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen neu besetzten
deutschen Landes monatlich allein mindestens 7 Millionen Gold-
mark betragen dürften. Die Eisenbahnkosten des Antransportes
der französischen Truppen durch Frankreich und das besetzte Ge-
biet werden — nur nach den französischen und deutschen Militär-
tarifen gerechnet — auf mindestens 1 Million Goldmark geschätzt.
Demgegenüber haben die deutschen Rückstände in Holz- und Kohlen-
lieferungen im ganzen nur den Wert von 25½ Millionen Gold-
mark, erreichen also damit noch nicht annähernd die Summe, die
eine monatliche Besetzung des jetzt neu besetzten Gebietes an
Kosten verursachen wird.

Die Leitung der Sowjetföderation.

Am 23. Dezember ist in Moskau der zehnte allrus-
sische Rätekongress eröffnet worden. Den Vorsitz
führte der stellvertretende Präsident des Rates der Volks-
kommissare, Kamenev. Lenin, der seit Anfang No-
vember überhaupt nicht mehr öffentlich aufgetreten ist, war
in der Eröffnungssitzung nicht anwesend; man schließt dar-
aus, daß sein Gesundheitszustand sich ungünstig entwickelt
hat. Kamenev referierte über die Außenpolitik der Sowjet-
regierung und erklärte, daß in Zukunft von Moskau nur
internationale Verträge abgeschlossen würden, die, wie der
Rapallo-Vertrag, den politischen und wirtschaftlichen Be-
dürfnissen und Interessen Rußlands voll entsprächen; die
Zeit des Verbens um Vertragsabschlüsse überhaupt sei
endgültig vorüber. Die Konferenz von Lausanne sei „ein
Zweikampf zwischen England und der Sowjetföderation“;
auch wenn die türkische Regierung nicht stark genug sei,
solle, um für ihre eigene Souveränität einzutreten, werde
Sowjetrußland dies tun. In der Meerengenfrage werde
Moskau, auch wenn Angora nachgebe, seine Unterstützung
nicht unter einen Vertrag setzen, der die russischen Schwarz-
meerküsten dem Angriff einer feindlichen Flotte aussetze.

Nach diesen demonstrativ kräftigen Ausführungen, die
wohl in erster Linie dazu bestimmt waren, dem Kongress
durch eine selbstbewußte nationale Stimmung dieses Selbst-
bewußtseins die Position der Sowjetmacht zu stärken,
wandte sich Kamenev der neuen Verfassung der
Sowjetföderation zu. Dem künftigen Zentral-
vollzugsausschuß des Sowjet-Bundesstaates sollen
folgende Kompetenzen zufließen: Die Vertretung in den
internationalen Beziehungen, Grenzveränderungen der
Bundesrepublik, Aufnahme neuer Mitglieder in den
Bundesstaat, Kriegserklärung und Friedensschluß, Ab-
schluß auswärtiger Verträge, Ratifizierung internationaler
Verträge, Bestätigung von Konzeptionsverträgen, Fest-
setzung der Grundsätze für den Außenhandel, Organisation
der Streitkräfte, Bundesstaats-Budget, Festlegung der
Agrarverfassung und Bodenordnung, der Gerichtsordnung,
der Arbeitergesetzgebung, Amnestierung für das Gesamt-
bundesgebiet sowie Annullierung aller der Bundesstaats-
verfassung widersprechenden Beschlüsse der Zentralorgane
der einzelnen Bundesrepubliken.

Die Kompetenzen des Vollzugsausschusses umfassen
also, wie man sieht, außenpolitisch und innerpolitisch alle
wesentlichen Teile der Staatsouveränität. Es scheint, daß
diese kleine Körperschaft, dieser bolschewistische „Reichsrat“,
eine ziemlich unbeschränkte diktatorische Re-
gierungsgewalt über das gesamte „Bundesgebiet“
erhalten hat. Dabei dürfte das Übergewicht der „Ver-
treter“ Moskaus schon durch den starken militärischen Rück-
halt, den sie besitzen, ziemlich gesichert sein.

Sowjetrußland mobilisiert an der Grenze Rumäniens?

Der „Dienstlich“ erhält von seinem Berichterstatter fol-
gende Nachricht: Die Eisenbahnverbindung zwischen Mohilew und
Varnambol und vielen anderen Stationen an der ukrainisch-
russischen Grenze ist unterbrochen worden. Dieses Gebiet ist des-
halb von aller Welt abgesperrt. Der Hunger erregt immer
mehr Kritik. Die Lebensmitteltransporte auf Schritten sind
auch sehr erschwert, weil dort furchtbare Fröste herrschen. Die
deutschen Komitees zur Hilfeleistung für die Hungernden haben sich
nach Moskau und Charkow gewandt, damit von dort Hilfe komme.
Die Eisenbahnverbindung wurde unterbrochen,
weil Rußland fürchtet, die rumänische Armee könnte beim
Anbruch eines Krieges die Kriegslage im Südosten Europas be-
herrschen. Rußland bereitet dort eine Mobilisierung seiner
roten Truppen vor, deshalb sind alle Bälle vom Militär be-
schlagnahmt. Die Sowjets sind der Meinung, daß Rumänien nicht
nur gefährdet auf das Bündnis mit Polen, sondern auch im eigenen
Interesse bereit ist, gemeinsam mit Polen eine Aktion zu unter-
nehmen. Die ungarischen Maßnahmen an der Grenze
haben gegenüber der Solidarität der Tschekoslowakei und Rumäniens
nichts zu bedeuten.

Einfuhr deutscher Bücher nach Rußland.

Die russische Regierung hat vor kurzem in Leipzig 4000 deutsche
Bücher ankaufen lassen, die jetzt in Moskau eintrafen und. Es sind

hauptsächlich volkswirtschaftliche und sozialpolitische Werke mit
besonderer Berücksichtigung der neuesten Literatur über den
Marxismus, ferner Werke aus den Gebieten der schönen
Literatur, der Kunstwissenschaft, Kunstgeschichte und Pädagogik.
Ferner hat die Moskauer Regierung zahlreiche neue Werke in Italien
angekauft, vor allem die ganze Literatur über den Fasismus und
die faschistische Bewegung, sowie etwa 400 Schulbücher für Mittels-
schulen. Die wichtigsten von diesen Werken sollen in russischen Überset-
zungen erscheinen.

Die russisch-japanischen Beziehungen.

Gegenüber dem aus Charkow verbreiteten Gerücht von einer
angeblich bevorstehenden russisch-japanischen Konvention erklärt die
russische Sowjetregierung, daß von Verhandlungen mit Japan
nicht die Rede sein könne, so lange die Hauptforderung Rußlands,
die Räumung Sachalins, nicht erfüllt sei.

Deutsches Reich.

„Eingestellte Kriegsbeschuldigten-Prozesse.“ Vor einiger
Zeit wurde aus Leipzig die Mitteilung verbreitet, daß eine An-
zahl von Kriegsbeschuldigten-Prozessen, die Deutschland auf Grund
der Auslieferungsliste zu führen hatte, durch Einstellungsbefehle
des Reichsgerichts erledigt worden seien. Es handelt sich um 93
Kriegsbeschuldigte, deren Namen nach vorheriger eingehender Unter-
suchung des Falles durch das Reichsgericht von jedem Mafel rein-
gewaschen war. Nunmehr hat das Reichsgericht wiederum 32 Ver-
urteilungen eingestellt, weil sich bei der Untersuchung die völlige
Unschuld der Angeklagten herausstellte. — Von den 880
Prozessen der Auslieferungsliste sind nunmehr
125 durch Einstellungsbefehle, 7 durch Frei-
sprechung in öffentlicher Hauptverhandlung und 6 durch
Verurteilungen erledigt worden. 75 der auf der Aus-
lieferungsliste stehenden Deutschen sind inzwischen verstorben. —
Dahon, daß auch auf der Gegenseite die Kriegsbeschuldigten vor
Gericht gestellt wären, hat man noch nichts gehört.

„Eisenbahnarbeiter aus München.“ Ein deutscher Kulturpro-
phet, Chemiker, ist, 1914 aus Deutschland ausgewiesen, heim-
gekehrt, wo sein Besitztum beschlagnahmt, veräußert und sein Geld
ihm weggenommen wurde. Heute scheint er, 74 Jahre alt,
bettelnd durch München. Die Regierungsentwöhnung reicht
zum Lebensunterhalt für einen der zwölf Monate des Jahres. —
Ein alter Schneidermeister, der sich ein Kapital von 100 000 Mark
geparnt und in Kriegsanleihe angelegt hatte, holt sich heute die
Bettelpumpe im Kloster. — Von einer Baufirma, die Woten
suchte, können zwei München-er Rechtsanwälte wegen
Körperverletzung nicht angestellt werden. Ein anderer, 70 Jahre
alt, geborener Rechtsanwalt wird in Kliniken als typisches
Beispiel für lange dauernde Unterernährung gezeigt. — Mehrere
Ärzte haben bei Kanalbauten am Kraftwerk der mittleren
Isar um Beschäftigung gebeten. Ein anderer ist Semmel-
bäcker bei einem Bäcker geworden, ein anderer versucht
sich mit der Anfertigung von Spielzeug. — Eine Mähe-
rin, die ihre halbverhungerte Mutter begraben mußte, erhielt eine
Rechnung über 81 000 Mark für Beizabriskosten, gibt 8000
Mark, ihre letzte Habe, als Anzahlung und verpflichtet sich,
den Rest abzugeben.

Freistaat Danzig.

„Falkings Abreise aus Danzig.“ Der bisherige Oberkommissar
des Völkerbundes, General Falking, hat nunmehr mit seinen
Angehörigen Danzig verlassen, um sich zunächst über Berlin
nach England zu begeben. Am Bahnhof hatten sich zum Abschied
der Präsident und der Vizepräsident des Senats, Beamte der
diplomatischen Vertretung Polens, der größte Teil des Konsular-
korps und Mitglieder der hiesigen englischen Kolonie eingefunden.
Wahrscheinlich wird General Falking nach Abschluß der Genfer
Tagung des Völkerbundes noch einmal für einige Tage nach
Danzig zurückkehren, um seinen demnächst zu ernennenden Nach-
folger einzuführen, der nach allgemeiner Ansicht wieder ein
Engländer sein wird.

Aus aller Welt.

Konstantin darf nicht in Griechenland beherbergt werden. „Daily
Mail“ meldet aus Athen, daß die griechische Regierung
die Zustimmung zur Überführung der Leiche des frühe-
ren Königs Konstantin nach Griechenland nicht erteilt hat,
und zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf die Anwesenheit der
vieler Tausenden von kleinasiatischen Flücht-
lingen in Athen. — Wie die „Agence d'Athènes“ meldet, bringen
die Athener Blätter über die Person des verstorbenen Königs Kon-
stantin nur die ausländischen Presseäußerungen und enthalten sich
jeglichen Kommentars, um den früheren Zwiespalt wegen der Rolle
des Königs nicht wieder aufleben zu lassen.

Italien und Rumänien. Zwischen Mussolini und Duca
haben wegen einer wirtschaftlichen Annäherung zwi-
schen Italien und Rumänien mehrere Besprechungen statt-
gefunden.

Ein besonderes Parlament für die Slowaken? Die Wiener
„Allgemeine Zeitung“ meldet, daß die slowakischen Abgeordneten
des Prager Parlaments abberufen werden sollen, weil die Slo-
waken die Konstituierung einer eigenen gesetzgebenden
Körperschaft verlangen will.

Die kleine Entente droht Ungarn. Die rumänische Re-
gierung protestierte bei der kleinen Entente gegen
ungarische Grenzübergriffe. Zunächst werde eine
diplomatische Intervention erfolgen, und wenn diese
kein Ergebnis hat, werde man eine militärische Aktion
gegen Ungarn unternehmen. Die Befanden der kleinen Entente
verlangen in Budapest, die Ungarn sollen die militärische Rüstung
mit der Bereitschaft zum Kriege einsparen.

Ein Königreich Palästina. Die Schweizerische Telegraphen-
agentur meldet aus gut informierter Quelle, daß Emir Abba-
lan zum König von Palästina proklamiert werden soll.
In diesem Falle würde das Jordanland Palästina angegliedert
werden.

An unsere Leser!

Eine erneute Teuerung aller Gebrauchsartikel und
Lebensmittel ist inzwischen wieder eingetreten. Ferner
sind die Papierpreise wiederum um 34 % gestiegen.
Infolge der sehr vermehrten Unkosten und der
um 53 % erhöhten Lohnzahlung sind wir genötigt,
für den Monat Februar das Abonnement auf unsere
Zeitung wieder zu erhöhen. Vom 15. bis zum
25. ds. Mts. nehmen die Briefträger die Neu-
bestellungen für die zuständigen Postämter entgegen.
Wir bitten daher, die aus der Notlage der Zeit sich
ergebende Abonnements-Erhöhung zu zahlen und
unserer Zeitung die alte Treue zu bewahren.

Verlag des Posener Tageblattes.

Sozial- u. Provinzialzeitung.

Boien. 19. Januar.

Pensionszahlung in Roggenpreisen.

Zu der Zusammenkunft der Pensionsmütter der Stadt Posen am Dienstag, dem 16. Januar, im Frauenbund ist der bedeutsame Entschluß gefaßt worden, der Berechnung der Pensionen in Zukunft ebenfalls den Roggenpreis zugrunde zu legen. Damit wird zweifellos den tatsächlichen Verhältnissen besser Rechnung getragen, als es durch die bisher immer angelegenen, mühseligen Preisvergleiche zwischen dem Pensionsmutter und den Pensionsmüttern und den Eltern der Pensionsmütter, die mit den städtischen Verhältnissen nicht im Einklang sind, vielfach farblos geblieben, so läßt sich vom Roggenpreis eher ein richtiges Bild der Tagespreise abstrahieren. Haben die Eltern oft früher die hohen Summen, die gefordert werden mußten, für ungerecht und Phantasiepreise angesehen, während sie doch in der Tat stets durch die fortschreitende Erwerbslosigkeit in dem Augenblick überholt waren, in dem sie erhoben wurden, so wird die Berechnung nach dem Roggenpreis, nach dem sich, wie die Erfahrung gelehrt hat, fast alle Lebensmittel richten, ein klares Bild der Lage ergeben, das jedem Augenblick nachgeprüft werden kann.

Ein Vergleich der Pensionspreise, die im Frieden gezahlt wurden, lehrt, daß sie monatlich etwa 8-10 Rentner Roggen betrugen. Wenn nun auch eine einfache Umrechnung dieses Satzes auf den heutigen Roggenpreis falsch wäre, weil eine beträchtliche Verarmungsquote in Betracht zu ziehen ist, so ist doch klar, daß ein Festsetzen der Pension auf 4 Rentner Roggen eine große Rücksichtnahme auf die Wünsche und die Interessen der Eltern bedeutet, und beweist, daß die Pensionsmütter von der Pensionsmutter ihrer Hilfe bei der Ermöglichung der geeigneten Erziehung ihrer Jugend durchdrungen sind. Also auf 4 Rentner Roggen im Durchschnitt ist der Pensionspreis der Stadt Posen festgesetzt worden mit dem üblichen Spielraum nach oben und unten, der sich nach der Haushaltsführung in der Pension richtet. Ob Heizung und Beleuchtung in diesem Preis einbegriffen sind, bleibt wie bisher, besonderer Vereinbarung überlassen. Als maßgebend für die Berechnungen gelten die Notierungen am 15. jeden Monats. Die Pensionsmütter, die aber ihre Wirtschaft nicht bis zu diesem Termin ohne Geld führen können, werden jedoch am 1. jeden Monats den alten Preis fordern, dem nach dem 15. die Differenz zu folgen hat.

Hoffentlich trägt diese Regelung dazu bei, den Pensionsmüttern das Wirtschaften zu erleichtern und den Eltern den Voranschlag der Kosten für ihre Kinder zu ermöglichen.

Zulagen zu den Versicherungsrenten.

Auf Grund der Verordnung des Ministeriums zahlen die Postanstalten im Auftrage der Landesversicherungsanstalt an Stelle der bisherigen Zulagen zu den Renten nunmehr folgende aus:

1. Zu den Alters- und Invalidenrenten, beginnend vom 1. November d. J. a) für die Invaliden- und Altersrente 8000 Mk., b) für die Witwenrente 4000 Mk., c) für die Waisenrente 2000 Mk.
2. Zu den Invalidenrenten, beginnend vom 1. Januar d. J. a) für die Arbeitslosenrente 10000 Mk. monatlich, b) für die Invalidenrente 12000 Mk., c) für die Witwenrente 5000 Mk., d) für die Waisenrente 2500 Mk., e) für die Vollwaisenrente 5000 Mk.
3. Zu den Unfallrenten, beginnend vom 1. Januar d. J. a) für die Renten der 50 bis 66% Prozent Beschädigten monatlich 15000 Mk., b) 66% bis 80 Prozent 20000 Mk., c) 80 bis 100 Prozent 30000 Mk., d) für die Witwen-, Enkel- und Vollwaisenrenten 15000 Mk., e) für jede Halbwaisenrente, die von einem Elternteil bezogen wird: 6000 Mk.

Nochmals die Tragödie im „Carlton“.

Im Anhang an unsere in Nr. 11 des „Pos. Tagebl.“ unter der Überschrift „Nach der Tragödie im Carlton“ veröffentlichte Darstellung des Generalkommandos des VII. Armee-Korps des Vorganges usw. ersucht uns der Vater des bei jener Tragödie erschossenen stud. jur. und Fliegeroberleutnants d. Res. Jdzislaw Bilazewski unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes um die Aufnahme folgender Ausführungen:

Auf die Bekanntmachung des D. O. R. VII erkläre ich: 1. Was den Tod Jdzislaw Bilazewskis, der Oberleutnant im 15. Infanterie-Regiment war, betrifft, so ist es nicht wahr, daß ich der Urheber der gegen gewisse Offiziere des 15. Infanterie-Regiments hingeworfenen Verleumdungen, als sich das Regiment an der wehrwunden Front befand, war und bin.

Die neue polnische Musik.

Dr. Arthur Schnitzler, Dirigent der Warschauer Oper, schreibt in der „Prager Presse“:

Die Musik jeder Nation ist durch spezifische Eigentümlichkeiten gekennzeichnet. Der charakteristische Zug der polnischen Musik ist die äußerste Emotionalität, die sich sogar in den kleinsten Liedern und Tänzen kundgibt. Die Wurzeln unserer musikalischen Schöpfungen liegen in unseren Tönen und Volksliedern. Beide grundlegenden Momente treffen wir in höchster Form in den Schöpfungen unserer Meister an, die sich an der Quelle der zeitgenössischen polnischen Musik befinden: Chopin und Stanislaw Moniuszko. Die Musik Moniuszkos ist vorzüglich lyrisch und volkstümlich; in der Chopinschen Oper, im Volks- und Kammerlied haben viele die kostbare Hinterlassenschaft des Komponisten der „Palka“ zu erschöpfen versucht. Chopin war jedoch der erste, der unsere Volksmusik auf die Höhe der internationalen Kunst gehoben hat. Die nationalen Elemente, die Chopin herangebildet haben, bereichert durch den gewöhnlichen Ausdruck der tiefsten Empfindungen, bilden die Basis der neuen polnischen Liedkunst.

Die letzten Jahre kennen uns eine ganze Reihe von jungen Musikern, die versucht haben, die künstlerischen Ansichten Chopins zum letzten Ziele zu führen; es sind dies der internationale, zum Teil sich bedienende Interpreten unserer Volkslieder. Unter ihnen haben sich die sogenannten „Neueren“ endgültig herausgetan: der verstorbene Wladyslaw Karłowicz, die immer intensiver schaffenden Karłowicz, der Komponist der „Palka“ zu erschöpfen versucht. Chopin war jedoch der erste, der unsere Volksmusik auf die Höhe der internationalen Kunst gehoben hat. Die nationalen Elemente, die Chopin herangebildet haben, bereichert durch den gewöhnlichen Ausdruck der tiefsten Empfindungen, bilden die Basis der neuen polnischen Liedkunst.

Wladyslaw Karłowicz, in der Musik ein Tragiker, hatte ein tragisches Ende, das zugleich unsere Zerknirschung eines genialen Künstlers frühzeitig betrauert hat. Im Winter 1909 geriet er in der majestätischen Einsamkeit der hohen Tatra eine Schneelawine. Seine finsternen Gedichte, überreich an Form und Farbe, lassen den Einfluß der deutschen Musik — voran der Straußschen — deutlich erkennen; zu eigen ist ihnen jedoch die bis in alle Tiefen des tragischen Empfindens dringende Ekstase. Unter seinen Werken — „Stanislaw und Anna Odziejewicz“, „Ein Drama auf dem Meeresstrand“, „Die ewigen Gefänge“ — ragt seine lyrische Einfindigkeit hervor. Ein Echo aus den geheimnisvollen Urwäldern, Schallplatz unzähliger Traditionen und Legenden, gehört die größte Dichtung des vorerwähnten Dichters in das klassische Repertoire eines jeden polnischen Dirigenten.

Karłowicz, der 1883 geborene polnische Sohn der ukrainischen Erde, zählt heute im Abendlande zu den glänzendsten Meistern der Form. Seine reiche, schöpferische Individualität lebt sich vorwiegend im Stil, in der ständigen Neigung zur Polphonie, zum eigenen Akkord aus. Szymanowski steht die höchste

Gerade im Gegenteil entspricht es den Tatsachen, daß Offiziere dieses Regiments mich und meine Familie dadurch provoziert haben, daß sie u. a. behaupteten, daß der Verstorbene Jdzislaw Bilazewski krank gewesen sei und deshalb Selbstmord begangen habe usw.

Die Sektion der Leiche, die am 18. Januar 1921 stattfand, und das Gutachten des hygienischen Instituts haben erwiesen, daß Jdzislaw gesund war und keinen Selbstmord begehen konnte und auch nicht beging, was übrigens die Verhandlung vor dem hiesigen Bezirksgericht gegen mich und meine Familie zeigen wird. Gegen die oben erwähnten Verleumdungen nach dem Tode meines Sohnes Jdzislaw habe ich Verklagung der Schuldigen beantragt. Das Verfahren ist eingestellt worden, ohne daß man mich davon benachrichtigt hätte. Das Verfahren in Sachen der Ermordung des Jdzislaw wurde in Ermangelung von Tatsachen für eine strafbare Handlung eingestellt. Die Beschwerde gegen diese Entscheidung, die beim Obersten Militärgericht in Warschau eingereicht wurde, ist von diesem Gericht abgelehnt worden, ohne daß Sachverständige und die bezeichneten Zeugen vernommen wurden. Die Einstellung des Verfahrens war von dem Oberleutnant Seifried und dem Oberleutnant Lewin unterzeichnet.

2. Was den Vorfall vom 6. Januar 1923 betrifft, so hatte Jdzislaw Bilazewski den Offizieren für die nächsten Tage zwischen 12 und 1 Uhr Genußnahme ausgesetzt. Die Offiziere wollten sich jedoch kürzer mit ihm absenden. Die polizeiliche Untersuchung, die sofort am Ort und Stelle eingeleitet wurde, ergab, daß Jdzislaw, vom Oberleutnant Bruznowski tödlich beleidigt, die Beleidigung lächlich pariert hat. Darauf fielen Oberleutnant Kapuscinski und Sikel über Jdzislaw her, schlugen ihn und stießen ihn mit den Füßen; der Oberleutnant Bruznowski griff zum Revolver und schloß zuerst auf meinen wehrlosen jüngeren Sohn Witold — der Schuß ging fehl —, dann auf den ebenfalls wehrlosen Jdzislaw, den er tödlich verwundete. Dann gab er noch zwei weitere Schüsse auf den im Sterben Liegenden ab, wobei er ganz ruhig nach dem Kopfe zielte. Nicht genug damit, er vergriff sich an dem Toten in wirklich bestialischer Weise, warf ein Glas auf seinen Kopf mit solcher Kraft, daß er ihn am Kopf verwundete. Als Beweis gilt das Glas, das sich vor der Sektion noch in der Wunde befand.

3. Den Vorwurf, daß die öffentliche Meinung von mir und meiner Familie gegen die Polen gereizt wird, weise ich als nicht den Tatsachen entsprechend zurück. Abirgend zählt mein jüngerer Sohn 14 Jahre. Es kann also ganz gewiß keine Rede davon sein, daß er gegen die Polen Stimmung macht. Die Öffentlichkeit hat sich ihre Meinung bereits selbst gebildet, also nicht, daß ich mich bisher bemüht hätte, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Was das Weitere betrifft, so führe ich hier einige nackte Tatsachen an: Mitmeister Schmidt wurde am 5. Januar 1923 vom Gericht in Warschau für die Ermordung des Studenten der Rechte Starczewski zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt (siehe „Kurier Warszawski“ vom 5. Januar 1923). Die Affäre im Bazar in Posen, der im vergangenen Jahre der Major Engel zum Opfer fiel.

4. Was den Verfolgungswahn betrifft, so ist das eine charakterisierende Feststellung. Wir haben unseren ersten Sohn durch Mord verloren; nun wird dem Vater der zweite Sohn auf eine Weise getötet, die sich schwer beschreiben läßt, und dann wird behauptet, daß dieser Vater an Verfolgungswahn leidet.

Ich bitte um Veröffentlichung dieser Verurteilung in allen Zeitungen, die die Bekanntmachung des D. O. R. VII vom 14. Januar 1923 veröffentlicht haben.

Posen, den 16. Januar 1923.

Mit Hochachtung

Jergz Bilazewski.

Schnell angeklärter Einbruchdiebstahl.

Große Aufregung gab es gestern früh beim Erbrechen der etwa 50 Insassen des evangelischen Alumnats Paulinum an der ul. Przemyslowa 15 (fr. Margaretenstr.), als man entdeckte, daß einem großen Teil der Schüler die Kleidung vor den Betten weg verschwunden war. Die ursprüngliche Annahme, daß es sich um einen Scherz übermühter Schüler handelte, erwies sich als irrtümlich, denn bald darauf mußte auch festgestellt werden, daß die Sonnenbrillen, viel Leinwand, ja sogar auch Schulbücher im Werte von rd. 8 Millionen Mark verschwunden waren. Der oberste Einbrecher waren durch ein Fenster im Erdgeschoß eingestiegen und hatten dann mit Kennerblick unter den Kleidungsstücken usw. Umschau gehalten. Auf dem Boden wurden dann die Sachen nach ihrem Werte sortiert, die besseren wurden in ebenfalls im Paulinum gestohlenen Koffern und Körben verpackt, während die minder wertvollen zurückgelassen wurden. Dann verschwanden die Einbrecher ebenso geräuschlos, wie sie gekommen waren. Die Schüler waren durch den Diebstahl in die peinlichste Lage geraten, da sie ohne Kleidung waren und infolgedessen nicht in die Schule gehen konnten. Glücklicherweise ist es noch im Laufe des gestrigen Tages der Umficht des Kriminalbeamten J. G. v. 1. Polizeikom-

missariat in der Bielle Garbarh (fr. Gr. Gerberstr.) gelungen, den verwegenen Einbruchdiebstahl aufzuklären und die Einbrecher heute restlos wieder herbeizuschaffen. Er beobachtete nämlich gestern in der ul. Wolna (fr. Bassestr.) einen jungen Mann, der dadurch auffiel, daß er einen schweren Koffer mit Sachen trug und in ein Altwarengeschäft ging. Er folgte ihm unauffällig und legte ihm den Einbruchdiebstahl im Paulinum auf den Kopf zu. Dieser leugnete auch gar nicht und gestand ohne weiteres ein, den Diebstahl verübt zu haben. Er gab an, der 19jährige Tischler Zimek aus der Gegend von Tschestochau zu sein und nach Posen zu dem Zwecke gefahren zu sein, um hier ein großes Ding zu drehen. Das habe er denn auch in der Nacht getan. Er will den Diebstahl allein, ohne irgend welche Hilfe von anderer Seite verübt haben. Die Beute habe er aus dem Paulinum in Koffern und Körben in die benachbarten Gärten geschafft, um sie später von dort abzuholen. Zwei Koffer und einen Korb mit Sachen habe er später in eine Laube bei Gurtischin gebracht. Sie wurden dort auch tatsächlich vorgefunden, so daß alle Sachen restlos wieder herbeigeschafft sind. Der verwegene Einbrecher wurde natürlich dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Im Paulinum aber herrscht seit heute, wo die Aufklärung des Diebstahls bekannt geworden ist, statt der gestrigen Trauer wieder große Freude dank der fleißigen und umsichtigen Arbeit eines als tüchtig bekannten Kriminalbeamten, der den Diebstahl so schnell und gründlich aufklärte.

Behördliche Feiertagsregelung. Bis zur zuständigen Regelung der Feiertagsangelegenheit sollen als kirchliche und nationale Feiertage frei von Amtspflichten folgende Tage begangen werden: 1. Alle Sonntage im Jahre. 2. Neujahr (1. 1.). 3. Heilige drei Könige (6. 1.). 4. Mariä Lichtmess (2. 2.). 5. Mariä Verkündigung (25. 3.). 6. Jahrestag der Verfassung (3. 5.). 7. Peter und Paul (29. 6.). 8. Mariä Himmelfahrt (15. 8.). 9. Mariä Geburt (8. 9.). 10. Allerheiligen (1. 11.). 11. Mariä Empfängnis (8. 12.). 12. Weihnachten (25. 12.). 13. St. Stephan (26. 12.). 14. Der zweite Tag von Ostern. 15. Christi Himmelfahrt (10. 5.). 16. Der zweite Tag von Pfingsten. 17. Fronleichnam (31. 5.).

Evangelisch-Kirchliches. Im Vormittagsgottesdienste am Sonntag, dem 21. d. Mts., predigt in der St. Matthäi-Kirche Herr Pastor Kammel, der Leiter des Evangelischen Predigerbundes, um die Gemeinde über die Bedeutung der christlichen Presse zu unterrichten und zu tätiger Mitarbeit in der Verbreitung der christlichen Blätter, Gemeindefest und Kirchenfest, anzuregen. Möge eine volle Kirche und eine reichliche Kollekte ihm das Verständnis der Gemeinde für diese so bedeutungsvolle Angelegenheit beweisen.

Neue deutsche Passformulare. Das deutsche Generalkonsulat bittet uns um die Veröffentlichung folgender Mitteilung: „In Ausführung eines von der deutschen Regierung angenommenen Beschlusses des Völkerverbundes Ausschusses für Verkehrs- und Transitfragen wird ein neues Passformular nach dem „type international“ für die deutschen Passbehörden des In- und Auslandes eingeführt. Der Pass wird in Festschrift (grünes Papier mit braunem Umschlag) mit zweijähriger Gültigkeit ausgestellt. Die Geltungsdauer kann jeweils um ein Jahr bis zur Gesamtdauer von fünf Jahren vom Ausstellungstage ab verlängert werden. Die im Umlauf befindlichen noch gültigen Pässe des alten Musters behalten während der in ihnen angegebenen Geltungsdauer ihre Gültigkeit und werden innerhalb ihrer Geltungsdauer bei Reisen noch mit Sichtvermerken versehen. Ein Umtausch der Pässe alten Musters in neue Pässe findet vor Ablauf der Geltungsdauer nicht statt.“

Kredite für Theater. Der Provinziallandtag hat auf Antrag des Großen Theater in Posen einen Kredit von 100 Millionen Mark, dem Promberger Theater einen Kredit von 3 Millionen Mark in Aussicht gestellt, unter der Bedingung, daß die Stadtverwaltungen genau begründete Anträge über die Bedürfnisse der Theater einreichen. Die Nachweisung dieser Bedürfnisse für das Posener Theater dürfte nicht allzu schwer fallen. Die Kredite sollen mit 10 v. H. verzinst werden.

Großes Theater. Heute, am Freitag, erste Aufführung des letzten Oper „Die Entführung aus dem Serail“ von W. A. Mozart unter Leitung des Direktors Sterlich und unter Mitwirkung von Frau Jadwiga Debicka von der Wiener Staatsoper, sowie der Mitglieder des Großen Theaters Fontanowa, Wolszki, Gajewski, Malanski, Tarnowski. — Am Sonnabend „Die Jüdin“ (Zakubowska, Tarnowski, Wolszki); am Sonntag nachmittag „Hänsel und Gretel“; Sonntag abend erit

anderem aus seinem jüngst erschienenen Roman „Wir Zugvögel“ vorlesen.

Pädagogisches Preisausschreiben. Das Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster schreibt die folgende Preisaufgabe aus: „Welche Fortschritte hat die theoretische Pädagogik in ihrer systematischen Begründung seit Herbart zu verzeichnen?“ Die Untersuchung soll sich auf das deutsche Schrifttum erstrecken und die Wissenschaft des Auslandes nur heranziehen, insofern sie von richtunggebendem Einfluß auf die unsrige war. Das Preisausschreiben wird vorläufig mit 10000 Mark dotiert. Die Arbeiten sind zum 1. Januar 1924 einzureichen. Das Preisrichterkollegium bilden: Throff-Bonn, Eggersdorfer-Passau, Ettlinger, Mausbach und Werra-Münster.

Der Grillparzer-Preis wurde, wie aus Wien gemeldet wird, dem Dichter Fritz v. Unruh für sein Drama „Ein Geschehnis“ verliehen. Über dem Haupt des jungen Dichters schwebt seit Jahresfrist der Lorbeerkrantz des Schillerpreises, den ihm die Verufenen des Preiskollegiums zugesprochen haben. Dem unbegreiflichen Bögen des preussischen Kultusministeriums in der Ausbeutung des Preises kommen nun die Österreich mit ihrer wertvollsten literarischen Auszeichnung zuvor, die Unruh zu Dichtern wie Angengruber, Hauptmann, Schnitzler gestellt.

Reform des Geschichtsunterrichts in Preußen. Ein Erlaß des preussischen Kultusministers beschäftigt sich mit der Frage der neu einzuführenden Geschichtsbücher. Folgende Gesichtspunkte werden für alle neu zu schaffenden Geschichtsbücher aufgestellt: Aufgenommen werden darf nur das, was geschichtlich wirklich geworden ist (Kürzung der Kriegsgeschichte und Fälschungen, Erfolge, Rechtsfreirheiten usw.). Herausgearbeitet sind die Höhepunkte der geschichtlichen Entwicklung. Große Persönlichkeiten, die geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Strömungen sind zu berücksichtigen. Die Stoffauswahl wird durch die wiederholt ausgesprochenen Gesichtspunkte der nationalen Erziehung des heranwachsenden Staatsbürgers zu lebendiger Staatsgesinnung bestimmt sein, die auf der klaren Erkenntnis des Wesens des Staates beruhen und in der Selbstverantwortung des Einzelnen gegenüber Staat und Volk gipfeln muß. Sie wird den Anteil des deutschen Volkes an der modernen Kultur und die Leistungen, Aufgaben und Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der Kultur-menschheit gebührend hervorheben. Rücksichtnahme auf Verschiedenheit der Kenntnisse und Weltanschauungen, Wahrung der geschichtlichen Wahrheit, werden als selbstverständliche Forderungen aufgestellt. Einteilung und Gestaltung des Stoffes ist dem freien Ermessen überlassen; auf zusammenfassende Tabellen von Jahreszahlen werden als unentbehrlich bezeichnet. Arbeiten, die diese Forderungen erfüllen, sind dem Minister bis 1. Juli 1923 vorzulegen. Vor Ostern 1924 ist Einführung neuer Lehrbücher nicht in Aussicht genommen.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Dr. Karl Goetz. Der Gründer des optischen Welt-Hauses Goetz, Kommerzienrat und Dr.-Ing. h. c. Karl Paul Goetz, ist im 69. Lebensjahre in Berlin gestorben. Goetz hat das Unternehmen aus kleinsten Anfängen emporgearbeitet. Zuerst war es ein Verbandshaus für mathematische Instrumente, dann wurde 1888 mit der Anfertigung photographischer Apparate begonnen, und 1891 hatte das Unternehmen bereits das 4000. Objektiv fabriziert. 1890 übernahm Goetz den Schließverriegelung von Aufschluß, später kamen die Prismen-Vertriebsringe hinzu. 1896 betrug die Zahl der fabrizierten Objektive schon 30.000. Später wurde dann das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

— Herbert Gullberg, dessen neuestes Drama „Mächtiger als der Tod“ am 18. Januar in Königsberg und Dresden seine gleichzeitige Uraufführung erlebt, begibt sich jedoch auf seine Vortragsreise nach Nordamerika, zu der ihn die „Neuposener Staatszeitung“ eingeladen hat. Er wird dort unter

